



In Paris wurde Anfang März nicht nur über Energiepolitik gesprochen. Das internationale Nuklear-Treffen, zu dem Dutzende Staaten, internationale Organisationen und Vertreter der Industrie zusammenkamen, war vor allem eine Bühne für eine strategische Botschaft des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. In einer Welt wachsender geopolitischer Spannungen und volatiler Rohstoffmärkte sei Kernenergie mehr als eine technologische Option – sie sei ein Instrument politischer Souveränität.

Macrons Argumentation zielt dabei auf eine fundamentale Verschiebung im energiepolitischen Denken der westlichen Industriestaaten. Während nach der Katastrophe von Fukushima 2011 vielerorts der Ausstieg aus der Kernenergie diskutiert und sogar umgesetzt wurde, erlebt die Technologie inzwischen eine bemerkenswerte Renaissance. Die Kombination aus Klimazielen, wachsender Stromnachfrage und geopolitischer Unsicherheit verleiht dem Atomstrom eine neue strategische Bedeutung.

Energie als geopolitische Währung

Der Hintergrund dieser Entwicklung liegt in der zunehmenden Politisierung globaler Energiemärkte. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie stark moderne Volkswirtschaften von stabilen Energieimporten abhängig sind – und wie schnell diese Abhängigkeit zu einem geopolitischen Risiko werden kann.

Die Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 hat dieses Bewusstsein in Europa nachhaltig geschärft. Gaslieferungen wurden zu einem politischen Druckmittel, Preise explodierten, und Regierungen mussten in kurzer Zeit alternative Energiequellen erschließen.

Macron argumentiert, dass Kernenergie in diesem Kontext eine strukturelle Stabilität bietet, die fossile Brennstoffe nicht gewährleisten können. Uran sei im Vergleich zu Öl und Gas relativ leicht zu lagern, Lieferketten seien diversifizierbar, und Kernkraftwerke produzierten kontinuierlich Strom unabhängig von Wetterbedingungen oder internationalen Marktpreisen.

Die Kernenergie erscheint damit nicht nur als Klimainstrument, sondern auch als strategischer Schutzschild gegen externe Schocks.



Frankreichs Sonderrolle in Europa

Frankreich nimmt in dieser Debatte eine besondere Stellung ein. Kein anderes großes europäisches Land setzt so stark auf Atomstrom. Rund zwei Drittel der französischen Elektrizität werden in Kernkraftwerken erzeugt – ein Ergebnis der energiepolitischen Entscheidungen der 1970er Jahre nach der Ölkrise.

Damals beschloss die französische Regierung ein ambitioniertes Programm zum Aufbau eines großen Kernkraftparks. Die Strategie beruhte auf einer klaren geopolitischen Überlegung: Ein Land ohne nennenswerte eigene fossile Ressourcen sollte seine Energieversorgung möglichst unabhängig von Importen organisieren.

Dieses Modell prägt Frankreich bis heute. Während andere europäische Staaten ihre Stromproduktion stark von Gasimporten abhängig machten, blieb Frankreich weitgehend auf ein heimisches nukleares System gestützt.

Der französische Präsident versucht nun, diese historische Erfahrung als Vorbild für eine breitere europäische Strategie zu präsentieren.

Der globale Stromhunger

Hinzu kommt ein struktureller Trend, der die energiepolitische Debatte zusätzlich verändert: der rapide steigende Bedarf an Elektrizität.

Die Digitalisierung der Wirtschaft, der Ausbau von Rechenzentren, Elektromobilität und künstlicher Intelligenz führen zu einem massiven Anstieg des Stromverbrauchs. Prognosen internationaler Energieagenturen gehen davon aus, dass der globale Strombedarf in den kommenden Jahrzehnten weiter stark wachsen wird.

Gleichzeitig verpflichten sich immer mehr Staaten zu ehrgeizigen Klimazielen. Die Dekarbonisierung der Energieversorgung erfordert daher Technologien, die große Mengen CO₂-armen Stroms liefern können.

Erneuerbare Energien spielen dabei eine zentrale Rolle. Doch ihre wetterabhängige Produktion stellt Netzbetreiber vor neue Herausforderungen. Kernkraftwerke hingegen liefern kontinuierliche Grundlast – ein Argument, das viele Regierungen inzwischen wieder stärker berücksichtigen.



Vor diesem Hintergrund haben jetzt mehrere Staaten auf internationaler Ebene das Ziel formuliert, die weltweite Kernkraftkapazität bis zum Jahr 2050 deutlich auszubauen.

Der finanzielle Engpass

Trotz dieser politischen Unterstützung bleibt der Nuklearsektor mit einem zentralen Problem konfrontiert: den enormen Investitionskosten.

Der Bau neuer Kernkraftwerke gehört zu den kapitalintensivsten Infrastrukturprojekten überhaupt. Planung, Genehmigung und Bau können mehr als ein Jahrzehnt dauern, während sich die Kosten häufig deutlich über ursprüngliche Schätzungen hinaus erhöhen.

Diese wirtschaftliche Unsicherheit lässt private Investoren zurückhaltend sein. Ohne staatliche Garantien oder langfristige Preiszusagen lassen sich viele Projekte kaum finanzieren.

Macron nutzte das Pariser Treffen daher auch, um Banken, Entwicklungsinstitutionen und private Kapitalgeber stärker einzubinden. Die Energiewende, so seine Botschaft, könne nicht allein von staatlichen Budgets getragen werden. Der Nuklearsektor müsse Zugang zu denselben Finanzierungsinstrumenten erhalten wie erneuerbare Energien.

Damit berührt die Debatte einen weiteren politischen Konflikt – insbesondere innerhalb der Europäischen Union.

Europas energiepolitische Spaltung

Innerhalb der EU bleibt die Kernenergie ein kontroverses Thema. Während Frankreich, Tschechien oder Polen neue Reaktoren planen, haben andere Staaten eine entgegengesetzte Richtung eingeschlagen.

Deutschland etwa hat nach Fukushima den vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und seine letzten Reaktoren 2023 abgeschaltet. Die energiepolitische Strategie setzt dort vor allem auf erneuerbare Energien und flexible Gaskraftwerke.

Diese unterschiedlichen Ansätze spiegeln nicht nur technische oder wirtschaftliche Überlegungen wider, sondern auch gesellschaftliche und historische Erfahrungen.



Dennoch hat die Energiekrise der vergangenen Jahre eine gewisse Neubewertung ausgelöst. Mehrere europäische Länder prüfen inzwischen wieder Nuklearprojekte oder interessieren sich für neue Reaktortypen wie sogenannte Small Modular Reactors (SMR), die kleiner, modular gebaut und potenziell günstiger sein sollen.

Der europäische Energiemix könnte sich daher in den kommenden Jahrzehnten stärker diversifizieren als noch vor wenigen Jahren angenommen.

Die ungelösten Fragen

Trotz der aktuellen Renaissance bleibt die Kernenergie politisch und gesellschaftlich umstritten.

Kritiker verweisen auf ungelöste Probleme der Endlagerung radioaktiver Abfälle, auf das Risiko schwerer Unfälle sowie auf die wirtschaftlichen Unsicherheiten vieler Großprojekte. Tatsächlich haben mehrere europäische Reaktorprojekte in den letzten Jahren massive Verzögerungen und Kostenüberschreitungen erlebt.

Hinzu kommt eine weitere Abhängigkeit: Uran wird größtenteils importiert. Auch wenn die Lieferketten breiter verteilt sind als bei fossilen Brennstoffen, bleibt die Frage der Rohstoffversorgung ein geopolitischer Faktor.

Umweltorganisationen warnen zudem davor, dass umfangreiche Investitionen in neue Kernkraftwerke Mittel von erneuerbaren Energien abziehen könnten.

Diese Debatte wird die europäische Energiepolitik noch lange begleiten.

Energiepolitik im Zeitalter der Unsicherheit

Das Pariser Nuklear-Treffen verdeutlicht letztlich eine grundlegende Verschiebung in der internationalen Energiepolitik. Lange galt die Energiewende vor allem als klimapolitisches Projekt. Heute wird sie zunehmend auch als Frage strategischer Autonomie verstanden.

Stromproduktion, Netzinfrastruktur und technologische Kontrolle über Energietechnologien werden zu Elementen geopolitischer Macht.



Die Rückkehr des Atoms – Wie Frankreich den Nuklearstrom zur geopolitischen Strategie erhebt

Frankreich versucht, in dieser neuen Konstellation eine Führungsrolle einzunehmen. Mit seinem historisch gewachsenen Nuklearsektor, seinen Industrieunternehmen und seiner politischen Tradition staatlicher Energieplanung sieht sich das Land in einer günstigen Position.

Ob das französische Modell tatsächlich als Blaupause für andere Staaten dienen kann, bleibt offen. Sicher ist jedoch, dass die Kernenergie – lange als Relikt der Industriepolitik des 20. Jahrhunderts betrachtet – im geopolitischen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts wieder eine zentrale Rolle spielt.

Autor: Andreas M. Brucker